

Failed State? Der Irak zwischen Staatszerfall und „nation building“

von: Güler Aycin, Christiane Kängela, Mary Kreuzer, Thomas Schmidinger, Franz Strobl, Martina Wurzer

Der Irak ist in seiner heutigen Form ist, trotz der Existenz alter staatlicher Zentren auf seinem Territorium, ein relativ junges Zerfallsprodukt des osmanischen Reiches, das 1921 unter britischem Protektorat aus den Vilayaten Mossul, Bagdhad und Basra geschaffen wurde und 1932 als Königreich unter den sunnitischen Hashemiten in die Unabhängigkeit entlassen wurde.

Variationen „kollektiver Identitäten“

Von Anfang an litt der Irak unter politischen, religiösen und vordergründig „ethnischen“ Spannungen, die sich einerseits aus der Heterogenität des Landes, andererseits aus dem starken Einfluss des arabischen Nationalismus ergaben, der neben einer antikolonialen Stoßrichtung auch genau gegen diese Heterogenität gerichtet war.

Neben einer schiitischen Mehrheitsbevölkerung (ca. 60% der Gesamtbevölkerung), die Großteils im Süden des Landes bis Bagdhad lebt, aber auch einzelne kurdische und turkmenische Gruppen im Norden, wie die Feyli-Kurden umfaßte, lebt im Zentralirak (im sogenannten „Sunniten-Dreieck“ zwischen Bagdhad, Mossul und der syrischen Grenze) eine arabisch-sunnitische Minderheit (ca. 20% der Gesamtbevölkerung), die jedoch zugleich die politische und ökonomische Macht im neuen Staat ausübte. Auch die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung des Irak sind Sunniten, wobei diese sich ihre „kollektiven Identitäten“ primär aus ihrer sprachlich-ethnischen Zugehörigkeit zu den Kurden bzw. zu einzelnen kurdischen „Stammesföderationen“ herstellten. Im kurdischen Nordirak gibt es zudem größere Minderheiten der Yezidi oder kurdisch Ezidi, die ihr Zentrum in der Region des Gebel Sinjar hatten, Anhänger kleinerer aus dem Islam hervorgegangener Religionsgemeinschaften, sowie Angehörige christlicher Kirchen, die sich als Assyrer definieren und überwiegend noch verschiedene Dialekte der aramäischen Sprache sprechen. Gegen diese Minderheit richtete sich 1933 auch das erste Massaker arabisch-nationalistischer Truppenteile im Nordirak. Im Südirak gibt es zudem bis heute rund 100.000 Angehörige der Mandäer, einer Religionsgemeinschaft die sich auf Johannes den Täufer (Yahia) beruft und die trotz der Übernahme vorislamischer gnostischer und altmesopotamischer religiöser Vorstellung als monotheistische Religion vom Islam als Buchreligion toleriert wurde. Auch die Mandäer sprachen bis vor kurzem einen aramäischen Dialekt, der allerdings nur noch von älteren Menschen und religiösen Würdenträgern beherrscht wird. Ausserdem lebten in den Dreißigerjahren in den großen Städten, insbesondere in Bagdhad, aber auch in Suleymania und anderen kleineren kurdischen Städten große jüdische Minderheiten (ca. 120.000 Menschen). Gegen diese jüdische Minderheit, die zu den ältesten Bevölkerungsgruppen des Irak zählte und ihre Geschichte bis auf die Zeit des Babylonischen Exils rund 3.000 Jahre zurückverfolgen konnte, richtete sich 1941 nach dem panarabischen Putschversuch Rashid Ali al-Gaylani der erste große Pogrom gegen Jüdinnen und Juden in der arabischen Geschichte (Farhud), dem rund 180 Jüdinnen und Juden zum Opfer fielen. Weitere Todesopfer konnten zum Teil durch das Einschreiten muslimischer Nachbarn, die sich gegen den arabischen Nationalismus stellten verhindert werden.

Die hier erwähnten „kollektiven Identitäten“, die selbstverständlich keine natürlichen Einheiten sind, sondern wie alle „kollektiven Identitäten“ immer gedachte Gemeinschaften darstellen, die letztlich ideologisch konstruiert wurden, sind jedoch nur als Übergruppen zu betrachten. Bei genauerer Betrachtung spielten auch die Gegensätze zwischen urbaner Bevölkerung und Nomaden, zwischen einzelnen sunnitischen und schiitischen „Stämmen“ eine weitere Rolle im Konglomerat kollektiver Identitäten innerhalb des jungen Staates, dessen Eliten sich durch diese Subidentitäten ständig bedroht sahen.

Bedrohte Herrschaft einer Minderheit und deren Paranoia

Insbesondere die Tatsache, dass die politischen und ökonomischen Eliten, die sich überwiegend aus der sunnitisch-arabischen Bevölkerung des Zentralirak rekrutierten, selbst einer Minderheit angehörten, führte zu einer ständigen Paranoia der Eliten selbst, die sich von Schiiten und Kurden bedroht fühlten.

Dazu kam noch das zunehmende Bedrohungsgefühl durch die regionalen Entwicklungen im Nahen Osten und die Verwandlung der Region in einen der Schauplätze des Kalten Krieges in den späten Vierzigerjahren. Die ersten Opfer dieser Paranoia waren die irakischen Juden, die nach der Staatsgründung Israels 1948 fast alle vertrieben wurden, bzw. nach Anschlägen und Bedrohungen „freiwillig“ flüchteten. Dass die irakischen Juden dabei nicht aus Begeisterung für den Zionismus nach Israel auswanderten, zeigt auch, dass der Großteil der jüdischen Bevölkerung erst 1950 (32.352 Personen) und 1951 (89.088 Personen) nach Israel auswanderten. Im Jahr der Gründung Israels waren es lediglich 15 gewesen, was allerdings auch an den damals noch aufrechten Ausreisebeschränkungen für Jüdinnen und Juden lag. Erst in den frühen Fünfzigerjahren konnte die Masse der jüdischen Bevölkerung – allerdings unter Zurücklassung ihres gesamten Vermögens – das Land verlassen.

Das „Bedrohungsszenario“ das die sunnitisch-arabischen Eliten durch ihre eigene Minderheitenposition und die regionalen Entwicklungen empfanden, erklärt teilweise auch die Unterstützung und Förderung panarabischer Strömungen durch große Teile des hashemitischen Königshauses. In einem panarabischen Staatsgebilde wären die arabischsprachigen Sunniten nämlich nicht mehr eine Minderheit gewesen, sondern Teil einer überwältigenden Mehrheitsbevölkerung.

Insbesondere nach dem Sturz der Monarchie 1958 fühlten sich diese Eliten zunehmend bedroht, spielten in der neuen Regierung unter Abd al-Karim Qasim doch auch bisher von der Macht ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen eine zunehmende Rolle. Insbesondere der gestärkte Einfluss der Kommunistischen Partei, die als größte Massenbewegung im gesamten Irak eine Rolle spielte, wurde von den alten Eliten ebenso als Bedrohung wahrgenommen, wie von den jüngeren arabisch-nationalistischen Gruppen, allen voran der damals noch extrem kleinen Ba'ath-Partei. So richtete sich die Gewalt der Ba'athisten nach ihrem ersten Putsch 1963 überwiegend gegen KommunistInnen oder solche die dafür gehalten wurden. Über 10.000 Menschen wurden während der Kämpfe in den Armenvierteln Baghdads und in den darauffolgenden Wochen ermordet. Dabei wurden tausende KommunistInnen in Fußballstadien zusammengetrieben und erschossen. Unterstützt wurde die Ba'ath-Partei dabei während des Höhepunktes des Kalten Krieges von den USA, die eine Machtübernahme der KommunistInnen im Irak verhindern wollten. Namenslisten kommunistischer Funktionäre wurden den Ba'athisten von US-Stellen über Radio Kuwait bekanntgegeben.

Gewaltsame Homogenisierung

Nachdem die Ba'ath-Partei 1968 nach einem erneuten Putsch endgültig die Macht übernommen hatte, konnten sich die arabischen Nationalisten in einem Bündnis mit den alten arabisch-sunnitischen Eliten an eine gewaltsame Nationsbildung und damit einer Homogenisierung eines arabischen Irak heranmachen. Die Ersten blutigen Verfolgungen richteten sich einmal mehr gegen Jüdinnen und Juden, sowie gegen KommunistInnen, die jedoch in den Siebzigerjahren u.a. auf Druck der UdSSR, an die sich Saddam Hussein nach seiner innerparteilichen Machtübernahme angenähert hatte, trotz ihrer historischen Erfahrungen in eine Koalitionsregierung mit der Ba'ath-Partei eintraten.

Die gewaltsame Homogenisierungspolitik des Regimes richtete sich schließlich primär gegen schiitische Oppositionelle und gegen Kurdinnen und Kurden, die abwechselnd als „Agenten des Iran“ oder „zionistische Agenten“, jedenfalls aber als Bedrohung für den arabischen Irak

gesehen wurden. In den Kontext dieser gewaltsamen Nationsbildung ist auch die Deportation von ca. 200.000 Schiiten in den Iran zu setzen, die angeblich „iranischer Herkunft“ gewesen sein sollen. Tatsächlich ging es dem Regime darum mit großangelegten Vertreibungen den Widerstandsgeist der schiitischen Bevölkerung zu brechen und die Bevölkerungszusammensetzung zugunsten sunnitischer Araber zu verändern.

Dieses Ziel verfolgten in den Neunzigerjahren auch die Vertreibungen von Zehntausenden Kurdinnen und Kurden aus der Erdölregion um Kirkuk und die Ansiedlung von PalästinenserInnen und sunnitisch-arabischen IrakerInnen in der Region. Damit wollte Saddam Hussein die erdölreiche Region für den arabischen Irak sichern und die kurdischen Ansprüche delegitimieren.

Auch der irakisch-iranische Krieg in den Achtzigerjahren wurde vom Regime weiter genutzt um die interne Repression zu erhöhen. Die Bevölkerung, deren Leben bereits im Laufe der Siebzigerjahre permanent durch Massenorganisationen, Zwangsalphabetisierungskurse, Kinder- und Jugendorganisationen und ein blockwartartiges Zellensystem der Ba`th-Partei kontrolliert wurde, konnte nun auch mit dem Argument der Bedrohung der Heimat durch den nichtarabischen Iran auf das Regime eingeschworen werden. Im Zuge dieses Krieges kam es auch zum Einsatz von Giftgas gegen iranische Truppen und nach Ende des Krieges gegen kurdische Dörfer und Städte, etwa bei Halabja, wo 5.000 ZivilistInnen ums Leben kamen.

Vom totalitären zum „roten state“

Nach der Niederlage der irakischen Truppen im zweiten Golfkrieg 1991, der blutigen Niederschlagung der Aufstände im Nord- und Südirak und dem Beginn des UN-Embargos änderte sich jedoch die Herrschaftsstruktur des Irak vom totalitären Staat zu einer zunehmend kriminell-mafiösen Struktur, die durch den illegalen Erdölhandel in die Nachbarstaaten begünstigt wurde. Die Familie und engere Klientelle Saddam Husseins konnte sich im Zuge dessen extrem bereichern, während der Staat als solcher immer Funktionsunfähiger wurde und sich schließlich auf seinen Repressionscharakter reduzierte. Die katastrophalen Folgen für die Versorgungslage der Bevölkerung, für die medizinische Versorgung, die zivile Infrastruktur des Landes,... konnte das Regime problemlos auf die Folgen des UN-Embargos schieben.

(Re-) Tribalisierung – von der (Wieder-) Erfindung kollektiver Identitäten

Parallel zur Schwächung des Staates und zur Stärkung klientellistischer informeller Strukturen um die Familie Saddam Husseins, begann eine vom Regime betriebene (Re-) Tribalisierung des Irak. Nicht mehr der zunehmend ausgehöhlte Staat sondern persönliche Stammesloyalitäten sollten den Machterhalt Saddam Husseins garantieren. So wurden Stammescheichs stärkere Rollen zugeordnet. Wo es keine Stämme mehr gab oder diese nur mehr rudimentär vorhanden waren, wurden neue Stämme geschaffen und loyale Scheichs eingesetzt, die wiederum die Loyalität ihrer Untertanen gegenüber der Herrscherfamilie, bzw. Saddam Hussein und seinen Söhnen Uday und Kusai garantieren sollten. Die Grundlagen für eine mögliche Tribalisierung und Ethnisierung des Irak nach dem Sturz Saddam Husseins sind somit schon unter der Spätphase des Ba`th-Regimes in den Neunzigerjahren gelegt worden.

UN- Resolution 986 („Oil for Food“)

Am 14. April 1995 wurde die UN-Resolution 986 mit dem vielversprechenden Namen „Erdöl gegen Lebensmittel“ beschlossen. 1996 trat sie in Kraft. Der eigentliche Zweck dieser Resolution bestand darin eine beschränkte Menge an Erdöl zu exportieren und im Gegenzug mit den Einnahmen aus diesem Handel notwendige Lebensmittel und Medikamente zu finanzieren.

Die irakische Regierung war ursprünglich gegen diese Resolution, da sie sich ihrer

Marktmacht bewusst war und durch intensiveren Erdölhandel noch mehr Reichtum erlangen wollte. Irak (ca. 112 Milliarden Fass) hat nach Saudi- Arabien (261 Milliarden Fass) die zweitgrößte Menge an nachgewiesenen Erdölreserven.

Der Irak hat seine Erdölproduktion seit 1997 von 1,5 auf ca. 2,5 Mio. Fass pro Tag gesteigert. Schätzungen zufolge könnte der Irak in 4- 5 Jahren 5- 6 Mio. bpd produzieren.

So betrieb u.a. die irakische Regierung, v.a. der Takriti- Stamm des irakischen Ex-Präsidenten, Schwarzhandel und gelang zu unvorstellbarem Reichtum. Trotzdem hat die UNO bisher ca. 50 Milliarden \$ von Iraks Erdöleinnahmen abzweigen können.

Aber auch der Nordirak gehörte zu den Profiteuren des Schwarzhandels mit Erdöl.

Nordirak

Der Nordirak wird im Wesentlichen von 2 Parteien regiert. KDP (Demokratische Partei Kurdistans) unter der Führung von Massud Barsani und PUK (Patriotische Union Kurdistans) unter Dschalal Talabani. Diese zwei sind seit 1992 an der Macht.

Diese UN-Resolution brachte dem Nordirak im Vergleich zum restlichen Irak Wohlstand und Wirtschaftsaufschwung. So gingen 13% der Einnahmen aus dem „Erdöl gegen Lebensmittel“ - Programm an die Kurden im Nordirak. Dazu kamen noch die Einnahmen aus dem Erdölschmuggel. Der Schwarzhandel mit dem Erdöl bekam einen immer wichtigeren Stellenwert, da die Pipelines wegen den Kriegshandlungen beschädigt bzw. stillgelegt worden waren. Daher erfolgte der Export mit Lastwagen nach Jordanien, Syrien und in die Türkei. Der Erdölschmuggel war auch im Interesse des Westens, da dadurch die Versorgung mit Erdöl gesichert war.

Nach 1991 passierten täglich tausende türkischer Lastwagen die irakische Grenze, tankten in den Provinzen Kirkuk und Mossul für wenig Geld Dieselöl und verkauften es zu einem weit höheren Preis in der Südtürkei. Die Lastwagenfahrer zahlten den Peschmerga (diese kontrollierten den Grenzübergang) einen Zoll von bis zu 100 \$ pro Lastwagen. Dieses Geld floss direkt in die Kassen der kurdischen Parteien. Diese Tatsache stand im Widerspruch zu den UN-Sanktionen, wurde aber toleriert.

Ohne die Einnahmen aus dem Schwarzmarkt würden die Volkswirtschaften der Anrainerländer Jordanien und Syrien zusammenbrechen. Die Türkei behauptet, dass ihr durch den illegalen Erdölhandel Milliarden an Dollar entgehe.

Ohne die anglo-amerikanische Luftüberwachung und den Einkünften aus dem Erdölhandel könnte das kurdische Staatsgebilde nicht überleben. Die kurdische Selbstverwaltung finanziert sich mit den Zolleinnahmen aus dem LKW-Verkehr, weiters aus den Deviseneinnahmen, welche aus der Pipeline- Überwachung erzielt werden. Ausserdem versorgt sie die Märkte des Iran und des Irak mit verschiedenen Produkten (v.a. mit Zigaretten). So schafft sie es jährlich an die 200 Millionen \$ einzunehmen. Mit diesem Geld werden auch die mehr als 250 000 Beamte und 80 000 Sicherheitskräfte (Peschmerga), welche im Dienste der kurdischen Regierung beschäftigt sind, bezahlt. Die Peschmerga und die Beamten waren nach 1991 die einzige Einkommensquelle der kurdischen Großfamilien. Peschmerga erhielten 80 bis 100 \$ monatlich.

So wichtig der Erdölschmuggel für die Ökonomie des kurdischen Autonomiegebietes war, so sehr hat er auch die beiden Parteien PUK und KDP gestärkt, während der Staat bzw. die Autonomiebehörde als Ganzen geschwächt wurde. Der Erdölschmuggel hat damit, zusammen mit der Hilfsökonomie dazu beigetragen, dass sich Mitte der Neunzigerjahre Konflikte zwischen PUK und KDP zu einem innerkurdischen Bürgerkrieg ausweiteten, der erst 1998 mit einem Waffenstillstand endete.

Die UNO im Irak

Die UN-Programme konnten zwar eine marginale Existenz für das kurdische Autonomiegebiet sicher, allerdings trugen sie nicht zum Sturz Saddam Husseins bei. Dieser

wurde letztlich ohne die UNO durch eine US-geführte Koalition militärisch erreicht. Dies ist einer der Gründe, weshalb die Rolle der UNO heute von vielen IrakerInnen sehr kritisch gesehen. Insbesondere die Erfahrungen mit der UNO als schwerfälligem bürokratischem Gebilde, das vom Wohlwollen seiner Mitgliedsstaaten abhängig ist, führt etwa dazu, dass der irakische Intellektuelle Kanan Maika erklärt, dass die UNO keine entscheidende Rolle im Irak spielen sollte. Er meint der Aufbau des Staates sollte der Koalition überlassen werden. Das Einbeziehen der UNO würde nur zur Verzögerung der Verhandlungen führen. Zudem meint er, habe man in der Vergangenheit gesehen was aus arabischen Staaten trotz UNO geworden ist und er wünscht sich nicht nur eine besser Version eines arabischen Staates. Die UNO sollte sich, seiner Meinung nach auf Wahlbeobachtung und Verteilung von Subventionen beschränken.

(Re-) Tribalisierung und ethnische Konflikte nach dem Sturz Saddam Husseins

Teilweise spielen diese (wieder-) erfundenen tribalen Identitäten auch nach dem Sturz Saddam Husseins eine wichtige Rolle. Die Widersprüchliche Politik der Besatzer, sich neben den politischen Parteien auch auf „traditionelle“ oder vermeintlich traditionelle Herrschaftsstrukturen könnte dieser Tendenz durchaus ebenso Vorschub leisten, wie die Tatsache, dass sich einige politische Parteien des Irak, wie die kurdischen Parteien (KDP, PUK, IUKI,...), die Parteien der AssyrerInnen (ZOWAA), TurkmenInnen (TCP) oder der SchiitInnen (SCIRI, Da'wa,...) entlang der Grenzen dieser religiös und/oder ethnisch definierten „kollektiven Identitäten“ organisieren und nicht primär aufgrund ideologischer Positionen. Dies ist insbesondere für bisher als ethnisch oder religiös definierte verfolgte Gruppen verständlich und im Sinne einer kollektiven Selbstverteidigung einer bedrohen Bevölkerungsgruppe auch logisch, allerdings würde eine dauerhafte Festschreibung einer ethnisierten Demokratie bestenfalls ein Ergebnis ähnlich der Demokratie im Libanon mit sich bringen, die den ethnisch-religiösen Proporz über den ideologisch-politischen Wettbewerb stellen würde. Damit muss jedoch nicht automatisch ein Zerfall des Staates oder ein Bürgerkrieg einhergehen.

Zudem ist ein politisches System, das auf tribalen, ethnischen und religiösen Einheiten aufbaut im Irak unwahrscheinlicher als in Afghanistan, wo von Anfang auf „traditionelle Autoritäten“ oder das was dafür gehalten wurde, gesetzt wurde. Im Irak spielen die politischen Parteien durchaus eine wichtige Rolle, darunter auch Parteien die nicht an ein ethnisch oder religiös definiertes Kollektiv gebunden sind, wie etwa die Kommunistische Partei, der Irakische Nationalkongress (INC) oder eine Reihe von kleineren liberalen und demokratischen Parteien. Im Irak gibt es eine gebildete urbane Schicht, ein ebenfalls gebildetes und teilweise hochqualifiziertes Exil und eine ökonomische Basis, die mittelfristig durchaus eine Basis für eine Entwicklung eines föderalistischen demokratischen Systems bilden könnten.

Ethnisierte Konflikte sind letztlich bisher nur regional begrenzt aufgetreten. Vor allem in der Erdölregion Kirkuk, wo in den Neunzigerjahren zehntausende Kurdinnen und Kurden vertrieben wurden, während PalästinenserInnen und sunnitisch-arabische IrakerInnen angesiedelt wurden, kam es in den letzten Monaten immer wieder zu Konflikten zwischen RückkehrerInnen und jenen AraberInnen, die nun in den ehemals kurdischen Häusern leben. Zudem fürchten sich die ebenfalls in der Stadt lebenden Turkmenen nun von einer „Kurdisierung“. Die größte Partei der turkmenischen Minderheit wiederum, die Turkmenische Volksfront, wird von der türkischen Regierung dafür eingesetzt ihren eigenen Einfluss in der Region zu verstärken, was wiederum von den kurdischen Parteien, insbesondere der in der Region aktiven PUK, als Bedrohung gesehen wird. Angesichts dieser – teilweise noch von Saddam Husseins Arabisierungspolitik geerbten – Konflikte, konnte aber selbst in Kirkuk bisher die Lage bisher immer wieder relativ rasch beruhigt werden.

Frauen im Demokratisierungsprozess

Im März 2003 gründeten Frauenrechtsaktivistinnen und -organisationen in London die Iraqi Women's Rights Coalition, um ihre Bemühungen den Demokratisierungsprozess zu beeinflussen zu bündeln, und sicherzugehen, dass Gleichberechtigung und Frauenrechte in einer säkularen Verfassung sichergestellt und für wichtig erachtet werden. Diese Koalition dient der Vernetzung mit Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen und soll Kontakte zu befreundeten Europäischen Organisationen erleichtern. Außerdem wurde mit dem Aufbau von Frauenhilfszentren begonnen, der das Bewusstsein irakischer Frauen für ihre Rechte und internationale Frauenrechtsstandards stärken soll. Ein weiterer sehr wichtiger Teil ihrer Arbeit besteht darin, irakischen Frauen Schutz vor häuslicher Gewalttätigkeit anzubieten.

Im März 2003 richtete die kurdische Women Action Against Honour Killing einen offenen Brief an UNO, USA und EU um ihrer Sorge, Frauen nicht angemessen repräsentiert und deren Rollen und Rechte auch in der Vorkriegsopposition nicht thematisiert vorzufinden, Ausdruck zu verleihen. Darüber hinaus wird eine umfassende Partizipation an der zukünftigen irakischen Regierung eingefordert.

Am 23. April 2003 trifft Colin Powell Vertreterinnen der Gruppe Women of a Free Iraq um über die dringendsten Bedürfnisse von Frauen und Kindern zu sprechen. Hauptaugenmerk sollte laut WFI auf die Restaurierung des Bildungssektors, die Verbesserung des Gesundheitswesens und der Sozialleistungen für Frauen und Kindern, die Förderung politischer Beteiligung von Frauen durch Schulungen und Austausch, die Sicherstellung einer judikativen und legislativen Reform und auf die Verteidigung der Menschenrechte gelegt werden

Am 28. April trifft Jay Garner (US-Verwalter) 250 IrakerInnen aus unterschiedlichen Gruppierungen um die Vorbereitungen einer Übergangsregierung zu diskutieren. Nur sechs Frauen, hauptsächlich aus exilirakischen Gruppen, nahmen an diesem Treffen teil. Eine Vertreterin, Zainab al-Suwaij, wies auf die Dringlichkeit hin, mehr Frauen in die neue Führung zu integrieren und Graswurzel Organisationen mehr Unterstützung zukommen zu lassen.

Am 5. Mai ernannte Jay Garner fünf irakische Kandidaten für eine provisorische Regierung: Ahmed Chalabi (Iraqi National Congress), Massoud Barzani (KDP), Jalal Talabani (PUK), Abdul Haziz Hakim (SCIRI), und Ayad Alawi (Iraqi National Accord). Keine Frau.

Im Mai und Juni 2003 richteten Frauennetzwerke aus Afghanistan und Kosovo offene Briefe an die Frauen im Irak, in denen sie ihre eigenen Schwierigkeiten umrissen, um im Wiederaufbauprozess in ihren Länder Gehör zu finden und bestärkten Frauen im Irak darin, ihre Stimmen zu erheben und sicherzustellen, eine bedeutende Rolle im Aufbau des Nachkriegsirak einzunehmen.

Am 3. Juli 2003 demonstrierten hunderte Frauen in Bagdad und verlangten in die Gestaltung der politischen Zukunft ihres Landes miteinbezogen zu werden.

Am 9 Juli 2003 nahmen über 80 Frauen aus allen Teilen des Iraks an der „Voice of Iraqi Women“ Konferenz, der ersten nationalen Frauenkonferenz seit dem Sturz Saddam Husseins, in Bagdad teil. Die Konferenzteilnehmerinnen diskutierten Strategien zur Steigerung der Frauenbeteiligung an der Wiederherstellung und am Wiederaufbau des Iraks, einschließlich der Stellung von Frauen in Verfassung, Gesetzgebung, demokratischem Prozess, Bildung, Gesundheitssystem, Wirtschaft, sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Die Konferenz brachte Frauen, die im Irak unter Saddam Hussein geblieben waren, Frauen aus der Diaspora und kurdische Frauen zusammen, um die Partizipation von Frauen in der wachsenden Zivilgesellschaft in Angriff zu nehmen.

Nur drei Frauen wurden von der US Administration im Juli 2003 in den Irakischen Regierungsrat (IGC) nominiert: Sondul Chapouk, Raja Habib al-Kuzaai und Aqila al-Hashimi. Aqila al-Hashimi, nahm als eine von drei TeilnehmerInnen der Irakischen Übergangsverwaltung am Sicherheitsrat am 17. Juli 2003 teil. Ein Teil der Diskussion

widmete sich der Notwendigkeit Frauen auf allen Führungsebenen und in den Wiederaufbau mit einzubeziehen.

Unter den 25 Personen die im August für die Coalition Provisional Authority eingesetzt wurden, befindet sich nur eine Frau: die Kurdin, Nisrin Mustafa al-Barwari, Ministerin für Public Works. Aqila al-Hashimi wird bei einem Selbstmordattentat auf das UN Hauptquartier im September 2003 in Baghdad tödlich verletzt.

Vom 4.- 7. Oktober 2003, fand die Heartland of Iraq Women's Conference, gefördert durch das US-AID und das CPA, an der Universität in Hilla statt. Über 150 Frauen aus unterschiedlichen ethnischen und religiösen Hintergründen waren aus den südlichen Provinzen um Babil, Karbala, Najaf, Diwaniya und Wasit anwesend. Die Konferenz wurde auch von Frauen aus Basra und Kurdistan besucht. Die Idee eines Hohen Rates für Frauen entstand auf dieser Konferenz und wurde später mit Britischer Unterstützung realisiert.

Am 8. Oktober wurden zwei der Sprecherinnen bei der Heartland of Iraq Women's Conference, Safia al-Souhail und Rend el-Rahim, nominiert, die ermordete Aqila al-Hashemi im Irakischen Regierungsrat (IGC) zu ersetzen.

Am 3. Dezember veröffentlichten Raja Habib Khuzai und Songul Chapouk, die zwei Frauen im Irakischen Regierungsrates, einen offenen Brief in der New York Times. Sie hielten fest, Frauen seien "severely underrepresented in the leadership established for the transition [to democracy]" und verlangten von CPA und IGC: "to ensure women their rightful place at the decision-making table". In diesem Sinne fordern sie die Sicherstellung von Frauenquoten für alle Regierungsebenen und Beteiligung am Erstellen des Verfassungsentwurfes, weiters fordern sie den IGC auf, das Versprechen einzuhalten, mindestens fünf Frauen als stellvertretende Ministerinnen zu ernennen, den Frauenanteil in den eigenen Reihen zu erhöhen und diesen Frauen Entscheidungsmacht zuzusichern.

Terrorismus oder Widerstandskampf

Im Zusammenhang mit den Anschlägen im Irak spricht man in manchen Medien langläufig von Widerstandskämpfern in anderen hingegen von Terroristen. Aber ebenso wie die Definition des Terrorismus-Begriffs umstritten ist, weil mit ihr sowohl sach- und machtpolitische Begründungen einhergehen, wird sich der Begriff Widerstandskämpfer unterschiedlich zunutze gemacht. Wie etwa unter anderem bei Herfried Münkler klar herausgearbeitet, handelt es sich bei den Begriffen nicht nur um einfache Worte, sondern immer auch um die Konnotation und die damit einhergehende Legitimation der Handlungen, des Kampfes selbst. Als terroristisch bezeichnete Gruppen reklamieren aus diesem Grund oftmals den Begriff Partisanen oder Guerillas für sich und nehmen somit für sich in Anspruch, einen Freiheitskampf für soziale oder ethnische Gruppen zu führen. Die militärische Überlegenheit der Gegner zwingt sie quasi bloß zum Gebrauch „unkonventioneller“, soll heißen terroristischer, Methoden (Vgl. Münkler, 2003, S 175). Es geht bei diesen Benennungen oftmals um ein semantisches Verwirrspiel, das von verschiedenen politischen Akteuren betreiben wird, um die eigne Position zu stärken und die des Gegners zu schwächen Die Wahl der Wörter ist kein Zufall, sondern Teil des Kampfes. Bei genauerer Untersuchung stellt sich aber die Frage ob man bei den Gruppen im Irak, die auch Anschläge auf UNO-Gebäude, Botschaften und andere zivile Einrichtungen und Personen machen, noch immer von Widerstand, von Freiheitskämpfern oder Guerillabewegung reden kann. Die Diskussion über die Unterschiede der erwähnten Begriffe wird international intensiv geführt. Hierbei lassen sich manche Charakteristika feststellen. Unter Partisanentaktik werden nicht etwa Anschläge auf zivile Einrichtungen verstanden, sondern eine Strategie, die dem überlegenen Feind nicht auf selber Ebene begegnet, ihn durch kleinere Überfälle überrascht, Schwachpunkte, militärische Außenposten, unwegsames Gelände ausnutzt, um den Gegner mürbe zu machen. Der militärische Erfolg von Aktionen mit Partisanen-Taktik entspricht dem Ausmaß der materiellen Schäden, die durch sie verursacht werden, und daher müssen diese an zahlreichen Orten und immer wieder auftreten. (vgl.: Münkler, 2003, 178.) Bei Freiheitskämpfern oder Partisanen soll die

Zivilbevölkerung zumindest in Theorie hinter diesem Kampf stehen und nicht Ziel der Anschläge sein.

Bei Widerstandskämpfern wird zumindest vorausgesetzt, dass ein Kampf gegen ein autoritäres Regime gemeint ist, eine Herrschaft, die fundamentale Opposition unweigerlich in den Untergrund zwingt. Der Duden etwa schreibt „Widerstandskämpfer sind Kämpfer gegen ein unrechtmäßiges Regime“. Zudem ist der Begriff durch den antinazistischen Widerstand stark konnotiert. Ebenso ist das Wort Guerillero durch die Situation in südamerikanischen Diktaturen stark geprägt.

Es sind nicht sachliche Schwierigkeiten, die diese Worte schwer von dem Begriff Terrorismus trennen lassen, sondern die bereits angesprochenen politischen Verwirrspiele und unterschiedlichen Interessen. Wer als Terrorist bezeichnet wird, ist international isoliert und delegitimiert, denn seine Mittel würden durch noch so berechnete Anliegen nicht gerechtfertigt, sondern die Ziele seien seiner Methoden wegen nicht mehr verhandelbar. Der Terrorismus ist eine Methode, durch die Verbreitung von Terror seine Ziele zu erzwingen. Terrorismus ist somit eine Kommunikationsstrategie in der medialen Öffentlichkeit. Terroristische Mittel zielen nicht primär auf die physische, sondern auf die psychischen Folgen der Gewaltanwendung. Das Ziel ist nicht der materielle Schaden, der verursacht wird, sondern der Schrecken und die Verunsicherung des Gegners. Terroristische Methoden sind nicht - wie etwa die Partisanenstrategie - unbedingt an die Position der Unterlegenheit gebunden. Terroristische Methoden kann sich etwa auch eine Fraktion innerhalb der Demokratie zur Zerrüttung der Verhältnisse bedienen. Dass dabei Zivilisten nicht geschont werden, ist nicht ein Randphänomen, sondern eher Konsequenz jener Strategie, die zum Schrecken beitragen soll. Als „Ersatzkrieg“ bietet der internationale Terrorismus Staaten und anderen Akteuren des internationalen Systems die Möglichkeit, Terroristen einzusetzen, um andere Staaten zu beeinflussen oder zu schädigen, ohne in einen offenen Krieg eintreten zu müssen. (vgl.: Woyke, 1995, 199.)

Darüber, dass die Begriffe Terroristen, Partisanen oder Widerstandskämpfer ideologisch besetzt sind, sind sich alle Akteure einig. Nicht selten wird aber die Auswechselbarkeit in den Vordergrund gestellt und der Terrorismus nur beim anderen gesehen. Solch eine Position fördert einen intellektuellen Neutralismus, der klare Urteile scheut.

Im Irak steht hinter dem sogenannten Widerstand größtenteils eine Mischung aus ehemaligen Ba'ath-Parteimitgliedern, einzelner Mitglieder palästinensischer Terrororganisationen und Islamisten aus dem Umfeld von Al-Qaida. Die Anschläge von denen in westlichen Medien häufig die Rede ist, die Aktionen gegen Uno-Institutionen oder das Rote Kreuz, fallen so nicht unter die Definition eines Partisanenkampfes. Sie nicht als „Terrorismus“ zu bezeichnen, wie es derzeit in durchaus etablierten Diskursen geschieht, führt zur Beschönigung den wahren Charakters dieser Angriffe.

Zur Verdeutlichung der Situation im Irak sagt Kanan Makiya in einer Pressekonferenz vom 7. Oktober 2003, dass die politische Lage im Irak mit jener in Deutschland 1945 verglichen werden könne. Er fragt, ob der Kampf nationalsozialistischer Restbestände aus dem Untergrund etwa als Freiheitskampf bezeichnet werden hätte können. Zudem weist er darauf hin, dass der Zeitfaktor heute im Irak wichtig ist. Je länger es dauert, der Bevölkerung Perspektiven für Sicherheit, Arbeit und Leben zu garantieren, desto mehr Unterstützung wird der Terrorismus finden.

Historischer Abriss

1908 – 1913: die ersten arabisch-nationalistische Clubs, die sich aus Offizieren und Beamten im Dienste des Osmanischen Reiches rekrutieren, entstehen in Istanbul, Basra und Bagdad.

1916: Sykes-Pikot Abkommen (Frankreich und Großbritannien teilen heimlich ihre Interessensgebiete im Nahen Osten auf)

1918: Beduinen-Armee unter Faisal (später erster König von Irak) rebelliert gegen osmanisch-türkische Herrschaft und nimmt Damaskus ein. Arabische Intellektuelle und Offiziere schließen sich ihm an. Der Irak wird britisches Mandatsgebiet.

1919: Die Royal Air Force schlägt eine kurdische Revolte nieder.

1920: Aufruhr und Proteste im Nahen Osten als Sykes-Pikot Abkommen bekannt wird.

1921: Die Briten setzten König Faisal im Irak ein – unter britischem Völkerbundsmandat. Panarabische Intellektuelle und etliche Offiziere ziehen mit ihm in Bagdad ein. Es folgen eine Reihe anglo-irakischer Abkommen bis 1932 die Unabhängigkeit des Irak formal vom Völkerbund anerkannt wird. Im Dezember 1932 treten erstmals irakische Kommunisten in Erscheinung, sie kritisieren die Unabhängigkeit als unzureichend.

1933: Antiassyrisches Pogrom von irakischen Truppen unter General Bakr, der daraufhin als nationaler Held gefeiert wird. 64 assyrische Dörfer werden zerstört, Hunderte Menschen niedergemetzelt. Sie waren zuvor vor der Verfolgung in der Türkei vor den Jungtürken geflüchtet.

1934: Gründung der Irakischen Kommunistischen Partei bei einer Konferenz in Bagdad.

1936: Erster Militärputsch in der arabischen Welt, General Bakr Sidqi stürzt Regierung, nicht jedoch die Monarchie. Er verspricht soziale Reformen und nationale Entwicklung und wird ein Jahr darauf ermordet. Es folgen sechs weitere Staatsstreiche.

1937: Arabisch-nationalistische Gruppen werden von der deutschen Legation unterstützt. Baldur von Schirach besucht Bagdad und lädt die von Deutschland geförderte panarabische Jugendorganisation Futuwwa zum Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP ein. Im April kommt Saddam Hussein in Takrit zur Welt.

1939: Der Mufti von Jerusalem, Hadj Amin al-Husseini, trifft in Bagdad ein. Dort werden bei Überfällen auf jüdische Viertel mehrere irakische Juden ermordet. Bei den Verhören der Täter stellt sich heraus, dass sie von Deutschen instruiert wurden.

1941: Der radikale Panarabist Rashid Ali al-Gaylani kommt durch einen Putsch an die Macht und wird von den Achsenmächten unterstützt. Die jüdische Bevölkerung erhält Ausgangssperre. Die Deutsche Luftwaffe kämpft auf Seite al-Gaylanis gegen die Briten, kann aber die Niederlage der Irakischen Truppen nicht verhindern. Bevor die Briten Bagdad erreichen, kommt es zu einem antisemitischen Pogrom durch Panarabisten (Farhud). General Rashid Ali und der Mufti von Jerusalem flüchten mit Hilfe der Deutschen nach Berlin.

1943: Die Ba'th-Bewegung entsteht in Syrien, zuvor wurde Geld zur Unterstützung von Rashid Ali gesammelt.

1948: Gründung des Staates Israel, Diskreditierung der irakischen Regierung, die zuvor verkündet hatte, einen jüdischen Staat mit allen Mitteln zu verhindern.

1949: Öffentliche Erhängung des Gründers und zweier Funktionäre der Irakischen Kommunistischen Partei (ICP).

1956: Welle panarabischer Begeisterung durch Nassers Suez-Kanal Verstaatlichung. Saddam Hussein tritt in die Ba'ath-Partei ein.

1958: Sturz der Monarchie durch eine Gruppe Offiziere um al-Karim Qasim. Michel Aflaq reist nach Bagdad und ruft zum Sturz von Qasim auf.

1959: Am 1. Mai demonstrieren in Bagdad rund 1 Mio. Menschen für eine Beteiligung der Kommunisten (ICP) an der Regierung. Nach dem gescheiterten Mordanschlag auf Qasim flüchtet Saddam Hussein nach Ägypten.

1963: Erster Putsch der Ba'ath-Partei, die nach heftigen Kämpfen in den Armenvierteln Bagdads und der Ermordung Qasims die Macht ergreift. Aufgrund der exzessiven Gewalt gegen Oppositionelle, insbesondere KommunistInnen, die über 10.000 Menschen das Leben kostet, kann sich die Partei jedoch nur 9 Monate an der Macht halten

1968: Ba'ath-Partei putscht wieder, diesmal endgültig, und bleibt bis April 2003 an der Macht. Es beginnt die Zeit der angeblichen „zionistischen Verschwörungen“ und der öffentlichen Hinrichtungen. Bei einem ersten großen Schauprozess Ende 1969 werden 17 „Verschwörer“ – 13 von ihnen sind irakische Juden – am Liberation Square erhängt.

1972: Irakisch-sowjetisches Freundschaftsabkommen (Militärhilfe gegen Förderrechte für das Ölfeld Nord-Rumaila). Britische Iraqui Petrol Company wird verstaatlicht. Die sowjetisch orientierte ICP tritt der Regierung bei. (sic!). Saddam Hussein beginnt mit dem Aufbau des Meta-Geheimdienstes (Mukhabarat bedeutet Geheimdienst), der alle staatliche Behörden überwacht.

1974: Zuvor den Kurden zugestandene Autonomie wird aufgelöst. der Kurden aufgelöst, Hunderttausend geben sich auf Flucht, Städte werden dem Erdboden gleichgemacht.

1975: Abkommen mit Iran, es folgt großangelegte Kampagne gegen Kurden im Nordirak, die aufgrund des Abkommens nicht mehr vom Iran unterstützt werden. Mitglieder des Barzani-Stammes werden verhaftet und exekutiert.

1977: Hinrichtungen von schiitischen Geistlichen; Ende der 70er werden 200.000 irakische Schiiten in den Iran deportiert.

1979: Saddam Hussein übernimmt endgültig Präsidentenamt und lässt anschließend 1/3 der Mitglieder des Revolutionären Kommandorates (RCC) samt Familien erschießen. Weitere 500 hohe Parteifunktionäre werden ermordet.
Islamische Revolution im Iran.

1980 – 1988: Irak greift Iran an und löst damit den 1. Golfkrieg aus. Irak setzt erstmals Giftgas ein. Israelischer Luftwaffe gelingt 1980 die Zerstörung des irakischen Kernreaktors Osiris.

Am Ende des Golfkrieges haben ca. 2 Millionen Menschen ihr Leben verloren.

1988: März: Giftgasbombardements von Halabja. 5000 kurdische Irakis werden ermordet. August: Anfal-Kampagne, bei der weitere Giftgasbomben von irakischen Helikoptern auf kurdische Dörfer geworfen werden. Rund 180.000 Tote, ebensoviel „Verschwundene“. Massensexekutionen und Dorfzerstörungen halten bis 1989 an.

1990: S. Hussein spricht von „geheimen Waffen, die halb Israel auffressen können“. Es folgt der Überfall auf Kuwait und die Drohung Saddams, bei Eingreifen des Auslandes Israel mit

Giftgas anzugreifen. Resolution 661 des Sicherheitsrates: internationale Sanktionen gegen Irak.

1991: 2. Golfkrieg, USA, Frankreich und GB starten Luftangriffe gegen Irak, es folgt Bodenoffensive bis zur Eroberung von Kuwait City, 100.000 irakische Soldaten sterben. Irakische Scud-Missiles treffen Tel Aviv und andere Städte. Ende Februar zieht sich die irakische Armee von Kuwait zurück.

Während der Krieg für beendet erklärt wird, erhebt sich im gesamten Irak die Bevölkerung gegen das Ba'ath-Regime, v.a. die Kurden im Norden und Schiiten im Süden. 2/3 des Landes sind kurzfristig außerhalb der Kontrolle der Regierung. Als klar wird, dass die Anti-Irak-Koalition von der UNO kein Mandat zur Unterstützung der Aufständigen erhält, beginnt die Regierung mit der militärischen Niederschlagung des Aufstands. 1,5 bis 2 Millionen Menschen werden durch die Vergeltungsmaßnahmen der Ba'athisten in die Flucht getrieben. Massenexekutionen im Südirak. In Bagdad werden mehr als 40 Händler im Rahmen einer „Kampagne gegen Spekulanten“ hingerichtet und Monate später weitere 25 hingerichtet. „safe haven“ im Norden wird eingerichtet.

1994: Im Juli 1994 wird Dekret 59 verabschiedet: Amputation des linken Fußes ab dem Knöchel als Strafe für wiederholten Diebstahl. Weitere Körperstrafen werden eingeführt: Kennzeichnung mit Brandmalen auf der Stirn und Abschneiden des Ohrs. Dekret 117 bedroht Ärzte, die sich weigern, ebenfalls mit Amputation. 2000: 10 Jahren nach Verhängung der Sanktionen nehmen 140 deutsche Unternehmen an der Bagdader Industriemesse teil. Weltweite Solidarität mit dem „irakischen Volk“ kommt Regime zugute. Familien von SelbstmordattentäterInnen in Israel erhalten von Saddam Hussein 10.000 US\$ (an Saddam Husseins Geburtstag 25.000) Belohnung für die Ermordung israelischer ZivilistInnen. Im Jahr 2000 werden 100 Frauen am „Tag der Ehre der Frau“ als „Prostituierte“ öffentlich enthauptet. Zwischen 1991 und 2002 wurden insgesamt 1.500 Frauen als „Prostituierte“ exekutiert.

2003: Im März 2003 wird das Regime von einer von den USA und Großbritannien geführten Koalition gestürzt. Eine aus sämtlichen VertreterInnen der relevanten ehemaligen irakischen Opposition zusammengesetzter Übergangsrat wird eingesetzt.

Bibliographie:

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt am Main, 1996

Context XXI 2-3/2003: „Die Situation hat sich verändert“ Exiliraqische Politiker im Gespräch. S 23-26

Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne. Hamburg, 1995

Gellner, Ernest: Nationalismus. Kultur und Macht. Berlin, 1997

Markl, Florian: „Blut für Öl?“ Ein Stichwortgeber der Friedensbewegung. Context XXI 2-3/2003, S 32

Schmidinger, Thomas: zu protokoll (Gespräch mit Mustafa Ramazan, Kasim Talaa, Daban Shadala, Sami Lazar und Dhia al-Dabass). Konkret 8/2003 S. 33-35

Schmidinger, Thomas: „Die letzten Tage der Menschlichkeit“. Die Medien, der Irakkrieg und die Ba'ath-Partei. Context XXI 4-5/2003, S.14-17

Farouk-Sluglett, Marion und Sluglett, Peter: Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur. Edition Suhrkamp 1999.

Makiya, Kanan: Republik of Fear. The politics of Modern Iraq. University of California Press 1998.

Makiya, Kanan (2003). Press Conference, Oct. 16- Transcript.

www.benadorassociates.com/article/647

Longrigg, Stephen Hemsley: 'Iraq 1900 to 1950. A political, social and economic history Beirut, 1968

Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg. Rowohlt, Hamburg 2003.

Münkler, Herfried (2003). Die neuen Kriege. Hamburg

Osten-Sacken/Fatah (Hg.): Saddam Husseins letztes Gefecht? Der lange Weg in den III. Golfkrieg. Konkret Verlag, Hamburg 2002.

Fischer-Tahir, Andrea: „Wir gaben viele Märtyrer“. Widerstand und kollektive Identitätsbildung in Irakisch-Kurdistan. (Kurdologie, Band 7) Unrast Verlag, Juni 2003.

Woyke, Wichard (Hrsg. 1995). Handbuch Internationale Politik. 6.Auflage. Augsburg.

Websites:

<http://www.wadinet.de/scripte/print.php>

<http://www.nzz.ch/2002/08/27/wi/page-article8A8EV.html>

<http://www.nzz.ch/dossiers/2002/irak/2003.06.19-al-article8XAH7.html>

UN- Res. 986

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/nordirak.html>

<http://www.cpa-iraq.org/>Übergangsverwaltung für den Irak

<http://www.equalityiniraq.com/iwrc.htm> Iraqi Women's Rights Coalition

<http://www.womenforiraq.org/home.php> Women for a Free Iraq

<http://www.peacewomen.org/news/Iraq/news.html> Women's International League for Peace and Freedom

<http://www.womenwarpeace.org/iraq/iraq.htm>